

Platz abbeck

Nr. 1, Januar 2005

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

Zitat des Monats: DGB-Chef zu Wirtschafts- problemen der Stadt

Statt allgemeinen guten Vorsätzen präsentierte DGB-Chef Wolfgang Uellenberg-van Dawen zum Jahreswechsel konkrete Vorschläge für eine offensive Wirtschaftspolitik der Stadt Köln. In einem Interview mit der „Kölnischen Rundschau“ am 29.12.2004 erklärte Uellenberg: „Wir brauchen mittelfristig eine Gewerbesteuererhöhung für ein genau definiertes Investitionsvolumen. Das heißt, die Mehreinnahmen müssen gezielt für Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden. Die Aufträge sollten an die regionale Wirtschaft vergeben werden.“

Uellenberg empfahl auch, bei Bodenwertsteigerungen, z.B. durch Hochhausbau, eine Erhöhung der Grundsteuer A zu überprüfen. Strikt wandte er sich gegen den Verkauf von städtischen Anteilen am Wohnungsbestand, obwohl er die Veräußerung von anderen, geringeren Anteilen der Stadtwerke nicht grundsätzlich ablehne.

Zur Frage der Wirtschaftsförderung meinte der DGB-Chef: „Was wir brauchen, ist ein Wirtschaftsdezernent, der sich kümmert, und der muss schleunigst kommen... Wir erwarten von der großen Koalition, dass sie ein Drei-Monate-Programm aufstellt, und da müssen Wirtschaft und Arbeit ganz oben stehen. Da reicht es nicht zu sagen, wir wollen die Wirtschaftsförderung privatisieren.“

Zu Hartz IV stellte Uellenberg fest: „Bis jetzt sind mit fünf bis sieben Prozent weit weniger Anträge abgelehnt worden als gedacht. Das heißt: Die Leute sind ärmer als vermutet. Übrigens müssen ein halbes Jahr die Miet- und Heizkosten voll übernommen werden.“ Frage: „Was heißt das?“ Uellenberg: „Dass in einem halben Jahr das Theater losgehen kann. Jetzt rächt sich, dass vor drei Jahren der soziale Wohnungsbau eingestellt worden ist ... Wenn jetzt nicht schnellstens ein Wohnungsbauprogramm aufgelegt wird, erstickt die Stadt in den Unterhaltskosten...“

Zur Frage der Ein-Euro-Jobs: „Wer glaubt, er könne das Problem mit Ein-Euro-Jobs lösen, der wird sich garantiert noch umgucken. Man muss sich um die Menschen kümmern...“

Mit drei Euro überleben?

PDS offene Liste verhilft ALG-II Empfänger zu seinem Recht

Herr Z. kam verzweifelt ins Ratsbüro der PDS Offenen Liste. Mit 3 Euro hatte man ihn in der Agentur für Arbeit auf die Straße geschickt und vertröstet.

Herr Z. war im vergangenen Jahr arbeitslos und hatte zuletzt Arbeitslosenhilfe erhalten. Sein letztes Geld im Dezember war für Schuldentilgung, Miete und KVB-Monatskarte draufgegangen. Für Januar hoffte er, jetzt Arbeitslosengeld II-Empfänger, auf pünktliche Überweisung seines Geldes. Aber es kam kein Geld. Seine Kontonummer hatte neun Stellen und war vom Zentralcomputer der Bundesagentur für Arbeit entstellt worden.

Besorgt, aber guten Mutes stellte er sich in die lange Schlange der neuen Arbeitsgemeinschaft an. Hatte die Stadt Köln nicht Barauszahlung versprochen, wenn das Geld nicht rechtzeitig überwiesen wurde? Das Warten dauerte lange, das Gespräch mit der zuständigen Sachbearbeiterin war dafür umso kürzer. Eine Barauszahlung wurde abgelehnt, und Herr Z. wurde auf Mitte Januar vertröstet. Herr Z. verlangte ein Gespräch mit

dem Teamchef. Dieser war nicht grundsätzlich gegen eine Barauszahlung, verlangte aber nach einem Telefongespräch und offensichtlich auf höhere Weisung eine Bescheinigung der Bank zur Rücküberweisung. Die Bank mochte aber nicht bescheinigen, da ja kein Geld überwiesen worden war. Also gab's kein Geld. Mit drei Euro in der Tasche bat Herr Z. das Ratsbüro der PDS Offene Liste um Hilfe – allerdings nicht nur für sich, sondern auch für alle diejenigen, denen das Gleiche auf dem Arbeitsamt widerfahren war.

Die Sozialdezernentin Frau Bredehorst versprach zwar schnelle Abhilfe in diesem Punkt. Ohne den Anruf der Ratsgruppe beim zuständigen Teamchef wäre es aber wohl kaum zur Barauszahlung gekommen.

Dieser gab schließlich die Anweisung zur Barzahlung. Ein Einzelfall, in dem geholfen werden konnte. Aber wie viele „Einzelfälle“ sind leer ausgegangen? Die Ratsgruppe der PDS Offene Liste wird weiter über ähnliche Fälle berichten.

MiKe



Porz: Mehr als nur Poller Wiesen und Flughafen



Zu Porz fällt vielen Kölnerinnen und Kölnern auch fast 30 Jahre nach der erzwungenen Eingemeindung wenig mehr ein als die Poller Wiesen und der Flughafen. Und wie für viele alte Porzer eher die Zugehörigkeit zu Köln ein Problem ist, als dass sie die Probleme von Porz als Probleme der Stadt Köln zur Sprache bringen, gehören für viele Kölnerinnen und Kölner die Probleme der gegen ihren Willen eingemeindeten ehemals selbständigen Stadt Porz am Rhein nur am Rande zu den Problemen ihrer Stadt.

So verbinden sich zwischen den Landschaftsschutzgebieten Groov und Wahner Heide, zwischen den Einfamilienhäusern von Langel und Zündorf und dem sozialen Brennpunkt Finkenberg, zwischen den Flüchtlingsheimen in Poll und der Eisenbahnersiedlung Gremberghoven, zwischen Poller Wiesen und dem Flughafen im Stadtbezirk Porz mit seinen 108.000 Einwohnern auf eine für Köln einmalige Weise großstädtische soziale Konflikte mit Verkehrs-, Entwicklungs- und Infrastrukturproblemen, die eher für Umlandgemeinden typisch sind.

Mit 14,9 % liegt der Ausländeranteil im Stadtbezirk deutlicher unter dem städtischen Durchschnitt als die Arbeitslosenquote von 10,8 % und die Sozialhilfedichte, statistisch auffällig ist auch der dem beschaulichen Selbstbild des Stadtteils entsprechend gegenüber dem Stadtdurchschnitt fast um die Hälfte geringere Anteil junger Erwachsener zwischen 25 und 34.

Sozialer Brennpunkt Finkenberg:

Ins Blickfeld der städtischen Öffentlichkeit kamen Porzer Probleme im vergangenen Jahr durch die reißerisch aufgemachte Stadt-Anzeiger-Artikelserie über das Lebensumfeld von Jugendlichen in Finkenberg unter dem Titel ‚Die harten Kids von Köln‘; Platzjabbeck berichtete über den darum entstandenen Streit. Mit – gestellten Bildern von Kindern mit Baseballschlägern und Jugendlichen mit Bin-Laden-Maske hatte der Stadt-Anzeiger auf die sozialen Probleme im Stadtteil aufmerksam gemacht – allerdings um den hohen Preis einer Stigmatisierung der dort lebenden Menschen und der vorhandene Ängste vor Kriminalität und Brutalität.

Ihrer Entstehung als ‚Demonstrationsprojekt menschenwürdiges Wohnen‘ der Neuen Heimat verdankt die Hochhaus-siedlung ihren volkstümlichen Namen ‚Demo-Gebiet‘ ebenso wie eine trotz städtischer Sparmaßnahmen lebendige

Selbsthilfekultur, von der im Stadt-Anzeiger kaum die Rede war.

Wachsende Armut und Vernachlässigung durch die Stadt mit der wiederholten Verschiebung der inzwischen für 2007 vorgesehenen Sanierung des mit Billigläden, Leerstand und ‚herumhängenden‘ Jugendlichen von den Problemen des Stadtteils zeugenden zentralen Platzes prägen Finkenberg ebenso wie eine interne soziale Spaltung an der ‚Eigentumsfrage‘: Die Probleme verdichten sich in den Blocks, die nach der Pleite der ‚Neuen Heimat‘ von skrupellosen Spekulanten erworben wurden, um ohne jegliche Investitionen möglichst hohen Profit aus den verrottenden Betonklötzen zu ziehen, die sich jeder Kooperation mit dem Sanierungsprogramm verweigern und darauf vertrauen, dass die vom Sozialamt abhängigen Mieter sich nicht trauen, Mietminderungen geltend zu machen. Inzwischen hat sich die Einsicht, dass diese Eigentumsfrage ein Kernproblem der Sanierung ist, auch in der Verwaltung durchgesetzt; damit aus den Ängsten nicht ein fruchtbarer Nährboden für Ausländerfeindlichkeit wird, ist eine Unterstützung der MieterInnen bei Mietminderungen und anderen Auseinandersetzungen mit den Vermietern eine wichtige Forderung.

Die Förderung und Fortentwicklung von Jugendarbeit und nachbarschaftlicher Organisation wie sie z.B. der deutsch-türkische Verein leistet, sollte eine Aufgabe städtischer Politik sein, doch die Realität sieht leider anders aus: Das von der Stadt versprochene Jugendzentrum liegt seit zwanzig Jahren auf Eis, und mit der Übertragung der Trägerschaft der offenen Jugendarbeit vom SKM auf den Trägerverein der OT im nahe gelegenen Eil bedurfte es einer gemeinsamen Initiative von PDS und Grünen in der BV, um zu verhindern, dass die notwendige Jugendarbeit zu einer Verdrängung der ebenso notwendigen Integrationsangebote des deutsch-türkischen Vereins führte.

Porz-Mitte: In der Klemme zwischen Sieburg und Köln

Optisch wie auch dem Anspruch nach ist die Porzer Innenstadt der Fußgängerzone von Sieburg näher als etwa der Venloer oder Frankfurter Straße, wie die anderen Stadtbezirkszentren auch hat sie jedoch mit dem Problem zu kämpfen, dass sinkende Massenkauflkraft ebenso wie die – in den Gewerbegebieten von Wahn und Gremberghoven nicht eben spärlichen

großflächigen Einzelhandelsflächen altingesessenen Fachgeschäften und dem Wochenmarkt die Existenzgrundlage entziehen und Billigläden in das Vakuum stoßen. Neben einer Korrektur der Bausünden der siebziger Jahre und der Verhinderung der Ansiedlung neuer Discounter auf der grünen Wiese tun Entwicklungsperspektiven für die Porzer Innenstadt Not, auch im Hinblick auf beschäftigungspolitische Ziele, denn die für Porz zentrale Karstadt-Filiale stand auf der Schließungsliste des Konzernvorstandes. Neben dem Problem, ein eigenständiges, attraktives Profil gegenüber der Kölner Innenstadt wie auch den konkurrierenden Umlandgemeinden wie Sieburg und Troisdorf zu entwickeln, spielt dabei auch die Verbesserung der Anbindung von Porz-Mitte an die aus dörflichen Kernen entwickelten verstreuten Stadtteile des Bezirks eine zentrale Rolle, denn oft ist der Weg mit S- und U-Bahn ins ferne Köln weniger beschwerlich als mit dem selten fahrenden Bus nach Porz-Mitte.

Durchgangsverkehr und Fluglärm:

Abgesehen von den direkt an die Straßenbahnlinie 7 angebotenen Stadtteilen ist die Nahverkehrserschließung mit Buslinien eher unzureichend; und neben dem Fluglärm bildet besonders für Poll und Zündorf der Individualverkehr ein die Lebensqualität zusätzlich zur Belastung durch den Fluglärm minderndes Problem: Während für Zündorf der Bau einer Ortsumgehung wenigstens geplant ist, ist für das den Stadtteil durchschneidende Nadelöhr Sieburger Str. keine Alternative in Sicht, Verbesserungen der Verkehrssicherheit sind ebenso dringend nötig wie die Durchsetzung des Nachtflugverbots.

Poll und die Flüchtlinge:

Dass ‚Pro Köln‘ in der Porzer Bezirksvertretung mit 2 Sitzen eine Fraktion bildet, hat seinen Grund nicht zuletzt in der städtischen Flüchtlingspolitik, die in Poll an der Salmstr. wie dem ehemaligen belgischen Kasernengelände Brasseurstr. menschenunwürdige Flüchtlingsheime konzentriert hat. Durchsetzung einer dezentralen Unterbringung und nachbarschaftsorientierte Konfliktmoderation sind notwendige Schritte, um der rassistischen Hetze ihre Grundlage zu entziehen – und leider noch ein weitgehend blinder Fleck der Porzer Bezirkspolitik

Wolfgang Lindweiler

■ Mülheim

Keupstraße in Mülheim erhält weitere Parkhinweisbeschilderung



Hinweisschilder führen zum multikulturellen Zentrum im Rechtsrheinischen

Ende Januar 2005 ist es soweit: Auf gemeinsame Initiative der PDS/OL und Geschäftsinhabern werden am Ende der Keupstraße zwei Schilder, die auf das in der Nähe gelegene Parkhaus Genovevstraße hinweisen, aufgestellt. Damit ist eine Forderung der Anwohner der Keupstraße endlich erfüllt, die auf die prekäre Parksituation ihrer Straße hingewiesen hatten.

Dazu Kemal Bozay, PDS/OL-Bezirksvertreter im Stadtbezirk Mülheim: „Die Entscheidung der Verkehrsverwaltung war überfällig. Die Keupstraße ist ein multikultureller Lebensmittelpunkt, der nicht nur für Mülheim von kultureller und ökonomi-

scher Bedeutung ist. Die Straße trägt den Charakter eines inneren Tourismus, der in dieser Qualität immer noch verkannt wird.“

Nach dem Nagelbombenanschlag vom 9.6.04 hat sich die PDS Offene Liste verstärkt für die Interessen der Bevölkerung und Geschäftsleute im Stadtteil eingesetzt – Unterstützung der Opfer, Kurzarbeitergeld für Mitarbeiter der Geschäfte u.ä. als Signale für ein interkulturelles Miteinander in Mülheim.

Kemal Bozay weiter: „Nun ist es dringend notwendig, neue interkulturelle Konzepte für die Keupstraße voranzubringen.“

Kemal Bozay

■ Lindenthal

Keine Anlaufstelle mehr für Jugendliche?

In der Januarsitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren fragte MdR Michael Kellner für die PDS Offene Liste nach den Konsequenzen, die durch Schließung einer Beratungsstelle in Müngersdorf drohen: „Platzjabbeck“ wird über die Antwort berichten. Hier der Wortlaut der Anfrage:

Notaufnahmeeinrichtungen für Jugendliche sind in vielen Städten eine Selbstverständlichkeit geworden. Sie ha-

ben sich bewährt und sind in jugendlichen Kreisen, die gehäuft mit Problemen zu tun haben, bekannt. Die „Nische“, eine derartige Einrichtung der Städtischen Kinderheime in Köln – Müngersdorf, soll im Sommer geschlossen werden, obwohl sie sich nach Aussagen von Beteiligten durchaus bewährt hat. Die Gruppe bittet daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es richtig, dass die „Nische“, eine Kontakt-, Beratungs- und Notaufnahmeeinrichtung für Jungen in Müngersdorf, im Sommer dieses Jahres geschlossen und durch ein Heim für Jungen und Mädchen des SKF an anderer Stelle übernommen wird? Was ist der Grund für die Schließung?

2. Auf welche Weise wird vom neuen Träger der Tatsache Rechnung getragen, dass weibliche und männliche Jugendliche in Zukunft eine Notaufnahmeeinrichtung unter einem Dach besuchen, obwohl die Probleme sehr unterschiedlich und auch kaum mit gemeinsamem Personal zu bewältigen sind?

3. Hat der SKF die finanziellen Mittel für diese Übernahme bereits erhalten, und wenn ja, wann?

4. Welche Kosten kommen auf die Stadt in den kommenden zwei Jahren durch die Übergabe des Aufgabenbereiches der „Nische“ an den SKF zu und wie viel spart die Stadt durch die Aufgabe der „Nische“ ein?

5. Was geschieht mit dem bisherigen Personal der „Nische“? Verbleiben alle ehemaligen Mitarbeiter im städtischen Dienst?

Warme und herzliche Worte fand Oberbürgermeister Schramma bei einem Empfang für die aus den neun Bezirksvertretungen ausgeschiedenen Kommunalpolitiker. „Mit großem Engagement“ hätten sie sich für die Belange ihres Stadtteils und des gesamten Stadtbezirks stark gemacht und damit einen Beweis erbracht, dass „es immer noch Menschen gibt, die nicht nur sich selbst, sondern auch die Gemeinschaft und deren Wohl“ sähen.

Schramma erinnerte daran, dass die kommunale Neugliederung vor nunmehr dreißig Jahren aus der Erkenntnis heraus erfolgte, dass „die Probleme im Veedel auch am besten direkt im Veedel gelöst werden“. Die Arbeit in den Bezirksvertretungen sei „Demokratie in ihrer unmittelbarsten Form“. Der direkte Kontakt zur Bevölkerung führe dazu, dass die Bezirksvertreter die Wünsche und Sorgen der Menschen vor Ort kennen.

Schöne Worte, denen die ehemaligen Bezirksvertreterinnen und -vertreter aus eigener Erfahrung nur zustimmen konnten.

Ehrung für Bezirksvertreter Nichts als schöne Worte?

Allerdings hatten sie für viele auch einen bitteren Beigeschmack. Denn zeitgleich findet eine Rezentralisierung der Verwaltung aus den Stadtbezirken statt, die bisher bewährte Strukturen der Zusammenarbeit zwischen Bezirksvertretungen und Bürgerämtern zerschlägt und statt versprochener Bürgernähe zu Bürgerferne führt. So ist die Verwaltung der Innenstadt zum großen Teil nach Kalk oder Deutz ausgelagert worden. Aus Ehrenfeld sind Jugend- und Sozialamt nach Lindenthal umgesetzt worden. In anderen Stadtbezirken sieht es genauso aus. Wenn Bezirksvertreter keine Ansprechpartner mehr in ihrem Stadtteil haben, können viele Probleme der Bürgerinnen und Bürger nicht mehr wie bisher schnell und unbürokratisch gelöst werden, sondern müssen durch die Mühlen der Verwaltung, wo sie oft genug auf der Strecke bleiben. Für die Menschen im Veedel bedeutet das

auch längere Wege und Kosten, sicherlich kein Mittel, der allseits beklagten Politikverdrossenheit vorzubeugen. Auch der Einspareffekt, der durch diese „Neuordnung“ der Verwaltung in den Stadtbezirken erreicht werden sollte, ist bisher nicht zu erkennen. Es sei denn, man spekuliert darauf, dass Bürger freiwillig auf ihre Ansprüche verzichten, weil sie die mit ihrer Durchsetzung verbundenen bürokratischen Hürden abschrecken.

Bleibt zu hoffen, dass diese Entwicklung noch rechtzeitig gestoppt wird und der Oberbürgermeister bei der nächsten Verabschiedung von Bezirksvertretern nicht über vertane Chancen sprechen muss. Köln muss - auch und gerade durch das vielfältige Engagement in den Stadtbezirken – eine „lebens- und liebenswerte Stadt, in der sich Bürgerinnen und Bürger wohlfühlen“, bleiben.

Helga Humbach

Wie steht's um Schulabschlüsse?

In der jüngsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung fragte RM Özlem Demirel nach dem Hintergrund von Pressemeldungen über unzureichende Schulabschlüsse. „Platzjabbeck“ wird über die Antwort berichten. Hier der Wortlaut der Anfrage:

Es werden in der Presse und anderen Verlautbarungen immer wieder Zahlen zum Bereich Schulabschlüsse und Ausbildungsplätze in Köln genannt, die erschrecken lassen, und Konsequenzen gefordert, die sich zugleich aber erheblich voneinander unterscheiden.

Fundierte Schlüsse können aber nur gezogen werden, wenn gesichertes Zahlenmaterial in dieser Frage vorliegt. Die Gruppe bittet deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

Wie viele Schülerinnen und Schüler (bitte absolute Zahlen und Prozentangabe) haben im Jahr 2004 keinen Abschluss nach der 10. Klasse (Hauptschule: auch nach der 9. Klasse) gemacht und wie viele von ihnen waren jeweils Jugendliche mit Migrationshintergrund

an Hauptschulen,
an Realschulen,
an Gesamtschulen?

Wie viele (bitte absolute Zahlen und Prozentangabe) haben an den jeweiligen Schulformen die 10. Klasse erfolgreich abgeschlossen (Hauptschule bitte nach A- und B-Klassen aufgliedern), wie viele von ihnen haben keinen Ausbildungsplatz erhalten und wie viele davon sind Jugendliche mit Migrationshintergrund?

Wie deutet die Verwaltung diese Zahlen und welche Maßnahmen gedenkt sie einzuleiten, damit mehr Schülerinnen und Schüler die Schule erfolgreich abschließen und damit vor allem auch Hauptschulabgängerinnen und -abgängern zur Verfügung stehen?

Kein Mobilitätsticket für ALG II-Bezieher

In der letzten Ratssitzung stellte die PDS Offene Liste folgenden Antrag:
Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung:

- zu prüfen, wie das Mobilitätsticket schnell und unbürokratisch über den 31. Dezember 2004 hinaus weiter genutzt werden kann,

- dafür zu sorgen, dass alle Sozialhilfeempfänger, die nach dem Außerkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) ab 1. Januar 2005 Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII beziehen, darüber hinaus auch die gegenwärtigen Vergünstigungen wie z.B. ermäßigte Eintrittspreise usw. weiterhin nutzen können,

- allen Personen, die ab 1. Januar 2005 Leistungen nach dem SGB II erhalten, ebenfalls die unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten freiwilligen Leistungen durch die Stadt Köln zu gewähren,

- über die ARGE Köln prüfen zu lassen, ob mit der KVB AG Verhandlungen aufgenommen werden können, um wie für das Job-Ticket der ständig Beschäftigten der Stadt Köln einen Mengenrabattpreis der Stufe 1 (Euro 27,-/Wohnsitz Köln) zu erzielen.

P.S.: Der Antrag wurde abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag von SPD und CDU, das Mobilitätsticket auch weiterhin für Sozialhilfeempfänger beizubehalten. In der Praxis kam es zu Problemen, weil Bezieher von SHG XII, die ab Januar ALG II erhalten, zwar bei der KVB weiterhin verbilligte Tickets kaufen konnten, von der ARGE aber nicht den entsprechenden Berechtigungsschein bekamen.

PDS-OL fordert Hundesteuer-Ermäßigungen

In der Ratssitzung vom 16.12. sorgte RM Jörg Detjen mit seiner Rede zur Hundesteuer für Heiterkeit. Er warf der SPD vor, mit der Ablehnung von Hundesteuer-Ermäßigungen für Sozialhilfe- und ALG II-Bezieher die Werbekampagne der Kanzlergattin für Hundefutter zu torpedieren. Allerdings ist der Grund der Rede kein Anlass zur Heiterkeit, sondern hat einen ernsten Hintergrund. Bisher konnten 2.279 Hundebesitzerinnen und -besitzer die Erleichterung bei der Hundesteuer in Anspruch nehmen. Nach der Neuregelung können ca. 1700 Personen keine Ermäßigung mehr beanspruchen. Das wird voraussichtlich dazu führen, dass weniger Hunde gehalten werden. Andere Kommunen haben übrigens anders entschieden. Der Rat der Stadt Essen hat alle Empfänger von SGB II und XII von der Hundesteuer befreit, mit dem Hinweis, dass die Verwaltungskosten viel zu hoch werden, weil die Einkommen der Sozialhilfe-Bezieher nicht pfändbar sind. Die Stadt Essen steht übrigens schon seit Jahren unter Haushaltssicherung.

Termine:

Donnerstag, 27. Januar

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. In diesem Jahr soll besonders der Gedanke der Befreiung von Nazi-Diktatur und Gewaltherrschaft im Vordergrund stehen. 18.30 Uhr, Antoniterkirche, Schildergasse, anschließend Mahngang zum EL-DE-Haus

Neujahrsempfang 2005 Mittwoch, 19. Januar 2005, 18 Uhr Spanischer Bau, Kardinal-Frings-Raum (R. 101)

Mit einem Empfang zum neuen Jahr 2005 möchten wir uns für die Unterstützung und die zahlreichen Anregungen, die wir im Wahljahr 2004 erhalten haben, bedanken. 2005 ist ein wichtiges Jahr, um den sozialen Standard in Köln zu verteidigen. Köln ist eine internationale Stadt. Deshalb haben wir auch einen Vertreter der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken im Europaparlament eingeladen.

Özlem Demirel, Jörg Detjen, Michael Kellner, Mitglieder im Rat der Stadt Köln und die Mitglieder in den Bezirksvertretungen

Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbeck zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ

Ort

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln